

Bericht des Vorsitzenden

zur Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

am 5. September 2011

I. Die politische Lage in Deutschland

- **Fraktionsvorstand berät Arbeitsprogramm der nächsten Monate.** Die Klausurtagung des Fraktionsvorstandes am vergangenen Mittwoch und Donnerstag markierte den Auftakt zur zweiten parlamentarischen Halbzeit des Jahres, die von einer Reihe weit reichender politischer Entscheidungen geprägt sein wird. Im Zentrum der Beratungen standen die Ertüchtigung des EFSF-Rahmenvertrages, eine Zwischenbilanz zur Finanzmarktstabilisierung, der Bundeshaushalt 2012 und aufgrund der aktuellen Entwicklung in Berlin auch das Thema „Mehr Sicherheit in Großstädten“.
- **Europäischen Rettungsschirm ertüchtigen.** Mit der ersten Lesung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus bringen wir die Ertüchtigung der Europäischen Finanzmarktstabilisierungsfazilität (EFSF) auf den Weg. Mit der EFSF war im Mai 2010 ein temporärer Rettungsschirm aufgespannt worden, der im Jahr 2013 durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) abgelöst werden soll. Die Erfahrungen der vergangenen Monate zeigen, dass die Schlagkraft der EFSF in bestimmten Punkten gestärkt werden muss. Um etwa die zugesagten Mittel in Höhe von 440 Mrd. € auch tatsächlich ausleihen zu können, wird der Garantierahmen auf 780 Mrd. € erhöht. Der deutsche Gewährleistungsanteil steigt von 123 auf 211 Mrd. €.

Außerdem werden weitere Instrumente geschaffen, um vor allem mögliche Ansteckungseffekte frühzeitig unterbinden zu können: Neben Kredite treten als Möglichkeit vorsorgliche Kreditlinien oder das Aufkaufen von Anleihen von Eurostaaten am Primärmarkt. Unverändert bleibt: Hilfe gibt es nur bei einer Gefährdung der Finanzstabilität der Eurozone insgesamt und nur im Gegenzug für ein striktes finanz- und wirtschaftspolitisches Reformprogramm.

Mit dem Änderungsgesetz zum StabMechG werden die Beschlüsse der europäischen Staats- und Regierungschefs zur Ertüchtigung und weiteren Flexibilisierung des Rettungsschirms EFSF vom 11. März 2011 und 21. Juli 2011 in nationales Recht umgesetzt.

Die Beteiligungsrechte des Parlamentes werden wir selbst regeln, wenn wir im Zuge des parlamentarischen Verfahrens einen eigenen Änderungsantrag einbringen.

- **Bundeshaushalt 2012 steht im Zeichen der Konsolidierung.** Mit dem Entwurf des Bundeshaushaltes 2012 zeigt die christlich-liberale Koalition, dass sie die Haushaltskonsolidierung weiter erfolgreich vorantreibt. Beim Abbau der Neuverschuldung schreiten wir mit großen Schritten voran. Die Nettokreditaufnahme liegt im Jahr 2012 mit 27,2 Mrd. € um rund 13 Mrd. € unter den Annahmen des bisherigen Finanzplans und um 4,3 Mrd. € unter den Eckwerten von März 2011. Dabei sind alle absehbaren Zusatzbelastungen wie die Kosten der Energiewende, ein steigendes Zinsniveau, die deutsche Beteiligung am Europäischen Stabilisierungsmechanismus und die Entscheidungen im Rahmen der Strukturreform der Bundeswehr bereits eingeplant.

Trotz der neuen Herausforderungen liegt die jahresdurchschnittliche Ausgabensteigerung in den Jahren 2011 bis 2015 mit 0,7 Prozent immer noch auf sehr niedrigem Niveau. In den Jahren 2012 bis 2014 unterschreitet die Neuverschuldung in der Summe den bislang geltenden Finanzrahmen um 25 Mrd. €. Dieser Erfolg ist insbesondere auf das im letzten Jahr geschnürte Zukunftspaket mit dem Haushaltsbegleitgesetz zurückzuführen, mit dem der Grundstein für die nachhaltige Konsolidierung des Bundeshaushalts zur Einhaltung der Schuldenregel gelegt worden ist. Auch spiegelt sich im Haushalt 2012 wider, dass die Koalition in der Finanz- und Wirtschaftskrise die richtigen Entscheidungen getroffen hat und Deutschland gestärkt aus der Krise herausgekommen ist.

Unser Ziel ist es, ab 2016 einen nach den Regeln der Schuldenbremse ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Den bis dahin noch langen Weg gehen wir mit dem Bundeshaushalt 2012 konsequent fort.

- **Null-Toleranz-Politik gegenüber Gewalt und Vandalismus.** Mit bereits mehr als 530 brennenden Autos allein in diesem Jahr führt Berlin einen traurigen Rekord. Gewalttätige Übergriffe im Nahverkehr, ein ungenierter Vandalismus und Gewalt an Schulen ist in einigen Teilen der Stadt an der Tagesordnung. Dieses sind keine plötzlichen und vorübergehenden Ereignisse, sondern Ergebnisse einer schleichenden Erosion von Recht und Sicherheit in unserer Hauptstadt. Eine Politik des Duldens, Verschweigens und Verharmlosens hat dazu geführt, dass die Hemmschwellen immer mehr sinken.

Der Fraktionsvorstand hat auf seiner Klausurtagung deutlich gemacht, dass dieser Entwicklung nur mit einer Null-Toleranz-Politik gegenüber Gewalt und Vandalismus wirksam begegnet werden kann. In einem Positionspapier fordern wir eine Politik des langen Atems – keine Flickschusterei, wie wir sie jetzt wieder in der Hauptstadt beobachten. Die Polizei muss dauerhaft ausreichend Präsenz auf unseren Straßen zeigen. Dass die Bundespolizei im polizeilichen Alltagsgeschäft um Hilfe gerufen werden muss, ist mehr als ein deutliches Warnzeichen für die Hauptstadt. „Linke“ Gewalt muss ebenso konsequent geächtet und bekämpft werden wie „rechte“ Gewalt. Die Landesjustiz muss in die Lage versetzt werden, Straftäter zügig zu bestrafen. Die immer häufiger zu beobachtende Einstellung von Verfahren aus „verfahrensökonomischen“ Gründen insbesondere im Bereich der kleinen und mittleren Kriminalität und milde Bestrafungen schwächen das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat ebenso wie überlange Verfahrensdauern. Gerade jugendliche Straftäter müssen schnell und wirksam bestraft werden. Die Einführung des Warnschussarrests ist daher sinnvoll.

II. Die Woche im Parlament

- In dieser Woche beraten wir den **Bundeshaushalt 2012** und die **mittelfristige Finanzplanung** bis zum Jahr 2015.

- In erster Lesung steht in dieser Woche das **Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilitätsmechanismus** zur Beratung an.

III. Daten und Fakten

- **Steigende Löhne – Aufschwung kommt bei den Arbeitnehmern an.** Die wirtschaftliche Erholung schlägt sich inzwischen deutlich in den Tarifabschlüssen nieder. Hatten im vergangenen Jahr noch viele Tarifvertragsparteien aus Unsicherheit über die zukünftige konjunkturelle Entwicklung Einmalzahlungen vereinbart, die bei zukünftigen prozentualen Erhöhungen keine Berücksichtigung finden, lagen im ersten Halbjahr 2011 zahlreiche Tariferhöhungen bei drei Prozent und mehr. So erhielten die Beschäftigten in der Chemischen Industrie im Frühjahr eine Tarifierhebung um 4,1%. Im Bauhauptgewerbe wurde durch Schlichtung für den Westen eine Tarifierhöhung um drei Prozent ab 1. Mai 2011 erzielt. Darüber hinaus wurde eine Stufenerhöhung von 2,3% ab 1. Juni 2012 beschlossen. Im Osten fielen die Tarifierhebungen mit +3,4% ab 1. Juni 2011 beziehungsweise +2,9% ab 1. August 2012 etwas höher aus. Die neu abgeschlossenen Tarifverträge im Einzelhandel sowie im Groß- und Außenhandel sehen jeweils Tarifsteigerungen von drei Prozent im ersten Halbjahr 2011 und Stufenerhöhungen für 2012 vor.

Im öffentlichen Dienst der Länder stiegen die Tarifverdienste ab 1. April 2011 um 1,5 % und werden ab 1. Januar 2012 um weitere 1,9% sowie zusätzlich um einen Sockelbetrag von 17 Euro erhöht. Der zurzeit geltende Abschluss für den öffentlichen Dienst bei Bund und Gemeinden ist bereits seit Januar 2010 in Kraft. Er sieht eine Tarifierhebung um 0,6% ab 1. Januar 2011 und um 0,5% ab 1. August 2011 sowie eine Einmalzahlung von 240 Euro vor. Auch die Tarifierhöhungen in der Metall- und Elektroindustrie (2,7% ab 1. April 2011), im Bankgewerbe (1,6% ab 1. Januar 2011) sowie der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft (drei Prozent ab 1. Januar 2011) waren bereits 2010 vereinbart worden.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

- **Deutlicher Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit.** Deutschland verzeichnet zum ersten Mal nach einer Wirtschaftskrise auch einen deutlichen Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit. Insbesondere für die Menschen, die bislang auf dem Arbeitsmarkt geringe Chancen hatten, ist das ein großartiger Erfolg. Im August lebten 4,571 Mio. erwerbsfähige Leistungsberechtigte gemeinsam mit 1,725 Mio. nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (dies sind vor allem Kinder) in rund 3,4 Mio. Bedarfsgemeinschaften. Im August 2011 waren 9,7 Prozent der in Deutschland lebenden Personen unter 65 Jahren hilfebedürftig. Die Hilfe-Quote lag um 0,6 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Die hochgerechnete Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten ist damit im August erneut erkennbar zurückgegangen. Saisonbereinigt errechnet sich eine Abnahme um 36.000, nach jeweils -21.000 im Juli und Juni. Im Vergleich zum Vorjahr ist ihre Zahl im August um 299.000 gesunken, nach -285.000 im Juli und -295.000 im Juni. Im Vergleich zum Vorjahresmonat hat sich die Zahl der leistungsberechtigten Personen insgesamt um sechs Prozent (-389.000) auf 6,295 Mio. reduziert.

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

- **Arbeitsmarkt gefestigt.** Die Erwerbstätigkeit und die Erwerbslosigkeit in Deutschland entwickelten sich auch im Juli 2011 im Vorjahresvergleich weiter günstig. So lag die Zahl der Erwerbstätigen mit einem Wohnort in Deutschland mit gut 41 Millionen Personen um über eine halbe Million höher als noch vor einem Jahr. Die Zahl der Erwerbslosen betrug im Juli 2011 2,58 Millionen Personen, das waren rund 300 000 weniger als im Juli 2010.

Nach vorläufigen Ergebnissen der *Erwerbstätigenrechnung* stieg im Juli 2011 die Erwerbstätigenzahl im Vergleich zum Vorjahresmonat Juli 2010 um 561 000 Personen oder 1,4 %. Im Vergleich zum Vorjahresmonat Juli 2010 ging die Erwerbslosigkeit um 300 000 Personen beziehungsweise 10,4 % zurück. Bereinigt um saisonale und irreguläre Einflüsse sank die Zahl der Erwerbslosen von Juni auf Juli 2011 um 20 000 auf 2,56 Millionen, was einem Rückgang von 0,8% entspricht. Die bereinigte Erwerbslosenquote lag im Juli 2011 bei 6,1 % und blieb damit gegenüber dem Vormonat unverändert. Im Vergleich zum Juli 2010 ist sie um 0,9 Prozentpunkte gesunken.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)